

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

20. Sitzung
19. Januar 2023

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.10 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Ellen Haußdörfer fasst zusammen, der Ausschuss habe in 20 Sitzungen 63 Anzuhörende gehört, über 65 Stunden getagt und 2 600 Seiten Protokoll einschließlich 1 700 Seiten Haushaltsberichte produziert. Sie danke dem Ausschussteam – Frau Khalatbari, Herrn Fresdorf und Frau Burkert-Eulitz –, dem Ausschussbüro, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausschussprotokolle und den für die Liveübertragungen zuständigen Technikmitarbeiterinnen und -mitarbeitern.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. Am vergangenen Freitag veröffentlichte die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie eine Pressemitteilung, der zufolge die Berliner Jugendarbeit für das Jahr 2023 zusätzliche 3,55 Mio. Euro aus dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz erhält. Welche Angebote und Projekte sollen mit diesen zusätzlichen Mitteln gestärkt werden, wie ist der Stand im Hinblick auf die entsprechenden Gespräche mit den Bezirken und in welcher Form und durch welche Akteur*innen sollen Jugendliche hier erstmals eingebunden werden?
(Auf Antrag der Fraktion der Linken)

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) erklärt, die 3,55 Mio. Euro würden aufgrund der Bedarfssituation junger Berlinerinnen und Berliner verteilt. Ungefähr 20 000 Menschen nähmen an der Erstellung der Jugendförderpläne teil. Bezirke hätten Maßnahmen beantragen können. Mit dem Geld könnten Jugendfreizeiteinrichtungen Öffnungszeiten erweitern, queere Jugendarbeit stärken, Sport-, Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten im Freien ermöglichen, selbstorganisierte Jugendarbeit, auch im Sinne der Demokratieerziehung, stärken und weitere Unterstützungs- und Beratungsangebote für junge Menschen schaffen. SenBJF lägen Projektanträge aus elf Bezirken vor.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) unterstreicht, die Entscheidung darüber, was finanziert werde, träfen keine Verwaltungen, sondern es basiere auf der Beteiligung der ca. 20 000 Jugendlichen.

Katrin Seidel (LINKE) verdeutlicht, das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz sei bereits lange in Kraft, und in den Bezirken liefen bereits Maßnahmen. Die Haushaltsmittel seien schon im Doppelhaushalt 2022/2023 beschlossen. Die Träger nähmen es rege in Anspruch.

Liege sie richtig mit der Annahme, dass dies nichts mit dem Gipfel gegen Jugendgewalt zu tun habe und es sich dabei um andere Mittel und Förderungen handele?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) bestätigt, sie habe das richtig verstanden.

2. Wieso ermöglicht die Senatsverwaltung, besonders vor dem Hintergrund, dass viele Schulen derzeit nicht zu 100% mit Lehrer_innen ausgestattet sind, nicht allen unterausgestatteten Schulen den Einsatz von Personalkostenbudgetierungs-(PKB)-Mittel unabhängig von akut erkrankten Lehrer_innen?
(Auf Antrag der Fraktion der Grünen)

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) verdeutlicht, die PKB-Mittel ermöglichten Schulen seit ca. 15 Jahren gezielt, Kolleginnen und Kollegen einzustellen, um längere Krankheit, Mutterschutz und Kuren in Höhe von 3 Prozent der Unterrichtsstunden einer Schule auszugleichen. Es sei nicht für langfristige Jahresverträge gedacht. Dafür reiche das Geld nicht.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fasst zusammen, heute, 15 Jahre nach Einführung der PKB-Mittel, fehlten 1 000 Lehrkräfte, ca. 60 Mio. Euro. Warum setze SenBJF auf umstrittene Prämien und mache nicht von der Möglichkeit Gebrauch, zusätzliches Personal in den Schulen einzusetzen, oder verändere Regelungen, die möglicherweise geändert werden müssten?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) merkt an, dies seien unterschiedliche Dinge. Die Prämien hätten nichts mit der Überbrückung von kurzfristigen Ausfällen zu tun. Die Mittel reichten nicht aus, um volle Stellen einzustellen.

3. Was folgt aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts, demzufolge die Ausbildung für Quereinsteiger in Berlin keine Rechtsgrundlage hat, für den aktuellen Schulbetrieb – inwiefern könnten Schüler gegen Zensuren vorgehen, die von Quereinsteigern erteilt wurden und bis wann wird der Senat eine rechtssichere Lösung vorlegen?
(Auf Antrag der Fraktion der AfD)

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) betont, es gebe keine Folgen. Berlin übernehme alle in den Vorbereitungsdienst, die studierten und Prüfungen beständen.

Das Verwaltungsgericht habe mit dem Urteil zu diesem Fall festgestellt, dass die berufsbegleitenden Studien gesetzlich geregelt sein müssten. Damit sei nicht gesagt, dass die Studien unzulässig seien. Eine Lehrkraft, die selbstständig Unterricht erteile, könne auch Zensuren geben. Sie sei berechtigt, alle im Schulgesetz vorgesehenen Rechtsakte wie Notengebung umzusetzen. SenBJF werde berufsbegleitenden Studien fortsetzen und prüfe das Urteil des Verwaltungsgerichtes und die entsprechenden rechtlichen Regelungen. SenBJF setze die Qualifizierungsmaßnahmen fort.

Thorsten Weiß (AfD) wirft ein, Frau Regulin von der GEW moniere, dass die fehlende rechtliche Grundlage nicht nur Prüfungen für Quereinsteiger, sondern auch Dinge wie Ausfallzeiten, Krankheit, Mutterschutz und Elternzeit betreffe. Sehe der Senat Handlungsbedarf?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) teilt mit, SenBJF sehe keinen Handlungsbedarf.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) wirft ein, das Urteil habe Auswirkungen auf jährlich 5 Studierende, die vor allem Mathematikprüfungen nicht schafften, von 700. Andere Personenkreise, die von der GEW aufgezeigt worden seien, gehörten nicht dazu. SenBJF habe bereits eine schon vor dem Urteil begonnenen Rechtsgrundlage finalisiert, die demnächst auf den Weg gebracht werde. Unabhängig davon überprüfen sie noch die Urteilsbegründung. Die Wahrscheinlichkeit, dass SenBJF gegen das Urteil Berufung einlegen werde, sei relativ groß.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) erkundigt sich, wie der Senat mit Blick auf mögliche Abwanderungswellen für ausgebildete Lehrkräfte aus Berlin bewerte, dass Brandenburg zukünftig mit einem Bachelorabschluss verbeamtet wolle. Wie bewerte der Senat es mit Blick auf die geplante Wiedereinführung der Verbeamtung für das Land Berlin?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) macht deutlich, ihr stehe die Bewertung nicht zu. Es zeige aber die Not, in der Brandenburg sei. Berlin werde seine Qualitätsstandards nicht anpassen. Lehrkräfte mit Bachelorabschluss seien nicht vollständig ausgebildet und könnten auch woanders nicht arbeiten oder verbeamtet werden.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) fügt hinzu, es sei nicht erfreulich, da Arbeitskräfte in das Schulsystem gelangten, für die diese Verbeamtung auf einer A 11 in einem Grundschullehramt karrieremäßig eine Sackgasse sei. Bisher gebe es nur Presseberichterstattung, und SenBJF warte auf Ebene der Kultusministerkonferenz darauf, dass Brandenburg Berlin offiziell beteilige.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

**b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht
der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz
bzw. der Jugend- und
Familienministerkonferenz**

Vorsitzende Ellen Haußdörfer informiert, Frau Khalatbari und sie hätten den Ausschuss am Montag bei der Übergabe des KMK-Vorsitzes vertreten.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) trägt vor, Berlin habe eine würdige Veranstaltung zur Übergabe des KMK-Vorsitzes organisiert. Viele Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre und Verbandsvorsitzende seien nach Berlin angereist. Es habe eine Podiumsdiskussion gegeben und Frau Gote, die als Senatorin für Wissenschaft den Wissenschaftsvorsitz der KMK gehabt habe, habe gesprochen. Auch der Vorsitzende des Kulturbereiches habe über Video gesprochen, und es habe einen Einspieler mit dem Generalsekretär zum Thema „Qualität der Ganztagschule im Primarbereich stärken“ gesprochen.

2026/2027 gebe es den Anspruch auf ganztägige Betreuung, Berlin sei dort schon sehr weit. Sie hoffe, dass sie die Länder mit Berlins Expertise unterstützen könne. Sie würden Qualitätskriterien erarbeiten und die Ganztagschule als wichtiges Schulformat etablieren, um die Chancengleichheit beim Lernen zu erhöhen. Den Eltern ermögliche es die Vereinbarkeit von Beruf und Schule. Da alle Fachkräfte benötigt würden, müssten auch Erziehungsberechtigte beruhigt ihrem Dienst nachgehen können, in dem Wissen, dass ihre Kinder gut unterrichtet und betreut würden.

Sie sei im Austausch mit Frau Prien, die nun Vizepräsidentin sei, und Frau Ernst, die nun die Familien- und Jugendministerkonferenz leite, gewesen. Die Übergänge zwischen den beiden Konferenzen halte sie für wichtig, und eine gemeinsame Sitzung sei wünschenswert. Auch auf einen Kinderkongress zusammen mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung freue sie sich sehr.

Einen Tag später habe sie eine Verwaltungsvereinbarung zum 1689 für die damals geflüchteten Hugenotten gegründeten Französischen Gymnasium unterschrieben. Sie habe die Vereinbarung in der französischen Botschaft mit dem Generaldirektor für das französische Auslandsschulwesen – sie beschulten 390 000 Schüler im Ausland – in Anwesenheit des französischen Botschafters unterschrieben.

Gestern sei sie im Bezirk Lichtenberg gewesen, der die meisten Willkommensklassen habe. Aufgrund der geografischen Lage habe er teilweise große Schwierigkeiten, dass die Menschen bei ihnen ankämen. Sie machten einen „Berlin-Tag light“, und es gebe eine gute Zusammenarbeit zwischen der Außenstelle der SenBJF und dem Bezirksamt. Vor Ort gewesen seien potenzielle Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiter, Verwaltungsleitungen und diejenigen, die Willkommensklassen im Bezirk organisierten. Auch SenBJF habe einen Infostand gehabt. Interessenten hätten sich mit Schulleitungen, Schülern und aktiven Willkommenslehrkräften austauschen können.

Auch der Jugendgipfel gegen Gewalt, den die Regierende Bürgermeisterin einberufen habe, habe stattgefunden. Akteurinnen und Akteure, die sich seit Jahrzehnten erfolgreich damit beschäftigten, hätten an der ersten Sitzung teilgenommen und seien gehört worden, unter ande-

rem Quartiersmanagement, Präventionsbeamtinnen der Polizei und Jugendgerichtshilfe. Sie hätten über Verbesserungsmöglichkeiten gesprochen. Die nächsten beiden Termine ständen schon fest, und SenBJF sei in drei von vier Arbeitsgruppen vertreten.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) fasst zusammen, dass vier Arbeitsgruppen sich konkret mit der Thematik auseinandersetzen würden. Im Gegensatz zu Teilen des öffentlichen Diskurses liege der Fokus nicht auf einer „Ahnenforschung nach Vornamen“. SenBJF begleite federführend die Themenbereiche Elternarbeit, Schulsozialarbeit, außerschulische Jugend, Sozialarbeit und starke Stadtteile und Orte für Jugendliche. Die vierte Gruppe, klare Konsequenzen bei Straftaten und Grenzüberschreitungen, sei unter Federführung von SenJustVA und SenInnDS, aber SenBJF sei auch mit Blick auf Fragen der Jugendgerichtshilfe beteiligt.

Im Gegensatz zu den 3,55 Mio. Euro gehe es hier um mehr Mittel, zu der sich die Regierende Bürgermeisterin mit dem Finanzsenator unterhalten habe. Es bewege sich im Umfang einer zweistelligen Millionenhöhe, und der Fokus liege darauf, bestehende Strukturen zu stärken, nicht neue Projekte auszuprobieren. Ein zweiter Fokus sei es, Orte der Begegnung zu schaffen, an denen sich junge Menschen einfinden könnten.

Nächste und übernächste Woche fänden die ersten Runden unter Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure statt, um konkret Bedarfe zu ermitteln. Am 10. Februar würden die Ergebnisse in der Senatskanzlei zusammengetragen, am 22. Februar finde der zweite Jugendgipfel statt, der im März in einen Senatsbeschluss münden solle.

Franziska Brychey (LINKE) weist darauf hin, dass neben Brandenburg auch Bayern außerordentliche Maßnahmen ergreife. Gestern habe die Studie der Robert-Bosch-Stiftung gezeigt, dass Lehrkräftemangel das größte Problem in allen Bundesländern sei. Werde das Thema somit auch Teil der KMK-Präsidenschaft des Landes Berlins sein? Wolle SenBJF versuchen, mit anderen Bundesländern zusammen verbindliche Maßnahmen zu ergreifen?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) betont, Lehrkräftemangel werde selbstverständlich und sicherlich auch über Berlins Präsidenschaft hinaus thematisiert. Ende des Monats komme der Bericht der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission, für die dies auch ein Thema sei.

Thorsten Weiß (AfD) äußert, Bayern habe auf seiner Winterklausur angekündigt, 6 000 neue Lehrstellen bis 2028 schaffen zu wollen und wolle kurzfristig Lehrer aus anderen Bundesländern abwerben. Sei das schon Thema auf der KMK gewesen, oder werde es noch Thema sein?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) äußert, am Montag sei es noch kein Thema gewesen. 6 000 Stellen zu schaffen sei nicht leicht. Sie bezweifele, dass viele aus Berlin nach Bayern zurückreisten, aber es zeige die bundesweite Not des Fachkräftemangels.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) vertritt den Standpunkt, dass Herr Söder Lehrkräfte nicht an der Tarifgemeinschaft der Länder vorbei besser bezahlen könne. Spätestens nach der Wahl in Bayern werde er das feststellen. In der KMK bestehe grundsätzlich zwischen allen 16 Bundesländern Einvernehmen über die Stralsunder Erklärung, dass sich die Lehrkräfte nicht gegenseitig abwärben. Er erwarte keine Plakatkampagne, die dazu einlade, über den „Weißwurstäquator nach Bayern zu ziehen“.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer weist darauf hin, dass andere Bundesländer auch über den Berlin-Tag diskutiert hätten.

Paul Fresdorf (FDP) erkundigt sich, wie viele zusätzliche Stellen Berlin mit Blick auf die 6 000 Stellen in Bayern schaffe.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) flechtet ein, es wäre bereits erfreulich, wenn alle aktuell angebotenen Stellen besetzt werden könnten. Sie schließe sich dem Verweis auf den Wahlkampf in Bayern an.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) weist darauf hin, dass es kein Beschluss der bayerischen Landesregierung oder des bayerischen Landtags sei, sondern dass es sich um einen Beschluss der CSU handele, die nicht alleine regiere. Das Bildungsressort in Bayern werde von den Freien Wählern verantwortet, und er habe von Kultusminister Michael Piazolo noch „keinen Applaus“ dazu gehört. 6 000 neue Stellen zu schaffen heiße nicht, dass auch 6 000 Stellen besetzt werden könnten.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, dass der TOP 1 b hiermit abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berliner Schulen stärken durch multiprofessionelle Teams: Konzepte und Ausblick
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0137](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bedarf an und Konzepte für die psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0084](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.09.2022

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) trägt vor, Fachkräfte aus den SIBUZen berichteten, dass psychosoziale Herausforderungen noch komplexer und vielfältiger geworden seien. Die Nachfrage in den 13 SIBUZen sei stark angestiegen. Für alle Schularten bestehe ein hoher Bedarf an Fortbildungen für Fachkräfte, um gut mit psychosozialen Belastungen umgehen zu können.

Es gebe wissenschaftliche Studien, z. B. die COPSY-Studie, die einvernehmlich auf diese anhaltende Belastungssituation in Familien und bei Schülerinnen und Schülern hinwiesen. Es gebe immer mehr behandlungsbedürftige psychische Symptome und zunehmende Angst- und Kontaktstörungen und Vereinsamung, Depressionen und sogar schon bei jüngeren Schülern Suiziderklärungen, Konzentrationsschwächen, Prüfungsängste, durch die Pandemie zunehmend stärkere Essstörungen, schwere psychiatrische Erkrankungen, Sucht einschließlich Mediensucht und Missbrauch. Es fehlten präventive Angebote, weil coronabedingt viele Einrichtungen geschlossen worden seien und die wichtigen Gruppenangebote weggefallen seien.

Im Doppelhaushalt 2023/2023 seien 10 unbefristete Stellen und 26 Beschäftigungspositionen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in den SIBUZen geschaffen. Für den Haushalt 2024/2025 würden lerntherapeutische Kleingruppen am Lernort Schule angemeldet, und es bedürfe einer Fortführung und des Ausbaus des schulpsychologischen Angebotes in den schon aufgezählten Bereichen.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) erinnert, der Haushalt enthalte in diesem Jahr 3,55 Mio. Euro zur psychosozialen Unterstützung. Mit der Hälfte der Summe hätten sie im vorherigen Jahr angefangen, das umzusetzen. Die Grundidee sei, auf erprobte Programme zu setzen und nicht noch mehr Projekte zu entwickeln. Sie hätten im Rahmen von „Stark trotz Corona“ nach gut gelaufenen Programmen geschaut und diese weiterentwickelt: Lernunterstützung und freizeitpädagogische Begleitung, „Mobile Jugend-Lern-Hilfe.Jetzt“, wo sie in den stationären Einrichtungen schon im dritten Jahr 1 000 Kinder erreichten, um Bildungsabschlüsse zu forcieren und im emotional-sozialen Bereich zu unterstützen. – Die Caritas habe mit den Bildungsbuddys ein ähnliches Projekt entwickelt. Diese gingen ähnlich wie die „Mobile Jugend-Lern-Hilfe.Jetzt“ in die stationären Einrichtungen und unterstützten Kinder mit Einzelnachhilfe. SenBJF förderte mit 30 Bildungsbuddys insgesamt zehn Einrichtungen. Das Programm werde derzeit auf Bundesebene wissenschaftlich evaluiert. Sie seien gespannt, wie sie Lernerfolge der Kinder unterstützen könnten.

Schulaufsichten hätten gemeinsam mit den Schulleiten bestimmt, welche Schulen besondere Unterstützungsbedarfe hätten. In dem Zusammenhang gebe Berlin 550 Mio. Euro aus und könne 26 Schulen unterstützen. Die Bezirke hätten es schnell beantragt und schnell Mittel erhalten. Das Programm laufe für ein Schuljahr.

Im vorherigen Jahr hätten sie zudem eine psychosoziale Unterstützung für geflüchtete Kinder aufgenommen, vorwiegend für unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Es sei oft schwierig gewesen, Hilfe nach SGB V zu erhalten, weil es dauere. Sie hätten ein Team von drei Psychologen aufgestockt, die in einer Kommstruktur akut von den Inobhutnahmeeinrichtungen angefragt werden könnten.

Das Programm Babylotsen werde von SenWGPG finanziert, aber SenBJF sei gemeinsam mit den Frühen Hilfen im Netzwerk Kinderschutz. Da habe es den Wunsch nach Stärkung gegeben. Insbesondere die großen Kliniken wie Vivantes, , wo die Geburten stiegen, hätten sich mit einem Betrag von 200 000 Euro für die Frühförderung und alleinerziehende Mütter oder Mütter mit Fluchtgeschichte beteiligt.

Neu sei ein Programm in der Sucht- und Drogenberatung. Der Berliner Notdienst Kinderschutz habe Kinder oft nicht aufnehmen können, weil sie eine Suchtkarriere gehabt hätten. Nun gebe es eine Extravereinbarung mit dem Berliner Drogennotdienst, sodass Kinder sofort Hilfe erhalten könnten.

Sie förderten weiterhin ein Programm für Familien mit internationaler Lebensgeschichte. Es sei ein Elterntaining für Familien, um das System bekannt zu machen und bei traumatischen Familiengeschichten zu unterstützen. Das wäre als Bundesprogramm weggefallen, aber Berlin könne es nun aufrechterhalten.

Aus Schulen komme zudem eine starke Nachfrage nach Internetsuchtberatung. SenBJF habe verstärkt ein Angebot für Lehrer und Sozialarbeiter. Hinzu kämen Workshops für Schulklassen und stationäre Heime – ein großes Thema, das in der Pandemie entstanden sei.

Das letzte neue Projekt sei etwas wie eine offene Familienwohnung. SenBJF unterstütze das Falkenhagener Feld in Spandau, das den dringenden Wunsch nach Weiterförderung gehabt habe. Insbesondere in der Pandemie hätten viele Kinder diese Wohnung gebraucht. Täglich unterstützten sie 40 bis 60 Kinder aus 96 Nationen. Die Eltern würden bei der Antragstellung und bei Depressionen und anderen Krankheiten unterstützt.

Alle Träger hätten die Anträge abgegeben. SenBJF habe allen einen vorläufigen Maßnahmebeginn gewährt, und es gebe bisher nur zwei Träger, mit denen die Anträge nochmals verhandelt werden müssten. Dort seien lediglich Unklarheiten in den Finanzierungsplänen aufgetreten.

Franziska Brychey (LINKE) fasst zusammen, es beständen im Moment sehr lange Wartelisten für Therapieplätze, und Kinder und Jugendliche könnten nur unzureichend versorgt werden. Derzeit hätten die Schulen bereits 51 VZE Psychologie und zusätzlich gebe es über das Bonusprogramm oder Verfügungsfonds zusätzliche Stellen und Ressourcen an Schulen. Könne SenBJF für die Haushaltsberatungen einen Ausbau für Psychologinnen und Psychologen an Schulen, insbesondere an großen Schulen, an denen besondere Bedarf bestehe, anmelden?

Seien die zehn unbefristeten Stellen der SIBUZe schon besetzt, und stehe an, die 26 befristeten Beschäftigungspositionen zu entfristen? Es sei wichtig, über einen Personalausbau zu einer Entlastung zu kommen, da sehr viele Anfragen an das SIBUZ gestellt würden.

Wie finde die Vernetzung der 13 SIBUZ-Standorte statt, finde Zusammenarbeit statt, und würden Best Practices und Standards untereinander ausgetauscht?

Wie sei der Stand, die psychosoziale Situation an Schulen im Rahmen von „Stark trotz Corona“ zu stabilisieren? Solle Berlin über „Stark trotz Corona“ hinaus die Maßnahmen weiterfördern?

Gebe es eine Schnittstelle der Programmen im Jugendbereich und in Schule, sodass man Erfahrungen austauschen und ein Gesamtsystem psychosozialer Versorgung für Kinder und Jugendliche aufbauen könne?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bekräftigt, Frau Brychcys Ausführungen seien richtig. In der Anhörung hätten Experten verdeutlicht, dass man viel mehr an den Schulen konzentrieren müsse, weil die Problemlagen so schwierig und unterschiedlich seien, dass ansonsten viele Kinder durch das Raster fielen und man nicht rechtzeitig an sie herankomme, um sie zu unterstützen. Im Anschluss könne man sie dann zu speziellen Hilfen weiterleiten, die für das einzelne Kind nötig seien. Senatorin Busse möge mit Senatorin Gote ins Gespräch gehen, um diese beiden Bereiche besser zu verknüpfen.

Ellen Haußdörfer (SPD) äußert, sowohl in der Anhörung am Montag im GesPflGleich-Ausschuss als auch in der Anhörung in diesem Ausschuss sei deutlich geworden, dass Plätze fehlten. Es fehle oft der Ausbau der regelhaften Systeme abseits einzelner Projekte, die für eine bestimmte Zeit finanziert würden. Dies seien im Kinder- und Jugendbereich die Kinder- und Jugendambulanzen und sozialpädiatrischen Zentren. Es gebe einen Fachkräftemangel, aber einen wesentlichen Teil der Leistungen müssten Kassenärztliche Vereinigungen und Krankenkassen erbringen. Diese Diskussion zu Finanzierung, Leistungsumfang, Kennzahlen und Standards reiche nicht aus. Bei Kindeswohlgefährdung, wenn Therapien oder Feststellungen nötig seien, sei eine über einjährige Wartezeit auf einen Termin unzureichend.

In dem Kontext sei zu bedenken, dass Sprachtherapiezentren vormittags oft nicht ausgelastet seien, weil Schülerinnen und Schüler in der Schule seien. Vielleicht könnten Kitas und andere Zielgruppen diese Räume nutzen. Sie wolle SenWGPG dazu anregen, jenseits von gesetzestechisch zu regelnden Vorstellungen einen Runden Tisch zu Kindergesundheit zu organisieren, um die Versorgungslage stärker in den Blick zu nehmen.

Eine Problematik sei, wie unzureichend praxisnah oder zeitnah Einschulungsuntersuchungen kämen und dass es unterversorgte Regionen gebe. Im bestehenden System mit sehr gut vernetzten Kinder- und Jugendambulanzen, mit sozialpädiatrischen Zentren sei in den letzten Jahren wenig Bewegung gewesen. Auch der Fachbeirat Care-Management bringe das Thema immer wieder an.

Die Gesundheitsverwaltung habe in den früheren Jahren im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung Sonderberichte zur Lage der Sprachförderung erstellt. Der letzte sei allerdings von 2017, sodass diese Daten innerhalb der Gesamtjugendhilfeplanung nun fehlten. Vielleicht könne SenWGPG dies zusammenführen, denn die verschiedenen Systeme müssten gut zusammenarbeiten, um die Herausforderungen der letzten Zeit zu meistern. Es sei mit anderen Punkten wie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge deutlich geworden, dass Berlin viel stärker ressortübergreifend intervenieren müsse.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) betont, sie freue sich, wenn gute Projekte ins Regelsystem übergehen könnten. Das passiere immer wieder, und sie setze sich dafür ein, dass die Mittel im nächsten Doppelhaushalt dafür zur Verfügung stünden.

Besonders gute Projekte von „Stark trotz Corona“ seien noch nicht evaluiert weil es noch nicht abgeschlossen sei.

Sie werde sich bemühen, mit Senatorin Gote zum Thema Kindergesundheit ins Gespräch zu gehen. Dies sei ihr Bereich, und sie seien bereits zu anderen Themen im Gespräch.

Christian Blume (SenBJF) begrüßt, dass sie sich für die Stellenbesetzung im Rahmen des Haushaltes den Bewerberinnen und Bewerbern eines laufenden Stellenbesetzungsverfahrens hätten bedienen können. Die zehn unbefristeten Stellen seien besetzt. Sie seien mit dem Schwerpunkt Notfall und Krise vorgesehen, sodass das Team in der Abteilung von Frau Kommnick und Frau Dr. Trenk-Hinterberger in der Einarbeitung sei.

Die 26 Beschäftigungspositionen seien aufgrund der Befristung nicht so attraktiv und bereiteten in der Besetzung dadurch etwas Sorgen. Seine Abteilung I wolle den Versuch unternehmen, dafür Stellen im neuen Doppelhaushalt zu bekommen. Das sei bisher auf Arbeitsebene abgestimmt, aber noch nicht mit der Senatorin. Darüber hinaus wollten sie einen Teil der Beschäftigungspositionen unbefristet bewirtschaften. Das sei mit einem Risiko verbunden, und bedürfe noch hausinterner Abstimmung. Sie gingen davon aus, die Beschäftigungspositionen auch im nächsten Haushalt zu haben, sodass sie die Befristungen mindestens bis Ende Dezember 2025 ausrichten wollten.

Die SIBUZe vernetzten sich gut, es fänden regelmäßige Dienstberatungen und andere Formate statt. Es gebe einen intensiven kollegialen Austausch.

Dr. Isabel Trenk-Hinterberger (SenBJF) informiert, sie sei gemeinsam mit einer Kollegin aus einer benachbarten Abteilung für die fachaufsichtliche Steuerung der SIBUZe. Sie trafen sich regelmäßig mit den SIBUZ-Leitungen und anderen Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergruppen aus den SIBUZen, um fachliche Standards und Vorgehensweisen abzusprechen. Die Arbeit in den Bezirken unterscheide sich inhaltlich nicht wesentlich voneinander, weil die Fachbereiche Schulpsychologie und Inklusionspädagogik feste Aufträge hätten. Unterschiede seien Kooperationen innerhalb der Bezirke. Die SIBUZe hätten zudem unterschiedlich große oder kleinere Räumlichkeiten.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) spricht die Frage an, ob Programme nur für Jugend oder gemeinsam gedacht würden. Spätestens in der letzten Legislaturperiode seien die Stellen über einen Träger für Koordination, Jugendhilfe und Schule eingeführt worden, die jeder Bezirk habe. Die seien anfänglich als Beschäftigungspositionen in den Jugendämtern und anschließend als feste Stellen bei den Schulaufsichten eingerichtet worden. Das Ziel sei, in Einzelfällen zu schauen, wie optimal ein entsprechendes Setting entwickelt werden könne. Auch sollten so gemeinsame Projekte gesteuert werden. SenBJF etabliere aktuell eine Stelle, um stärker in die Steuerung zu gehen. Die Sachen, die sie förderten, z. B. die Erziehungs- und Familienberatungsstellen, arbeiteten eng mit den SIBUZen zusammen. Bei Anträgen für die Gutachten für Kinder, die in die Schule gingen, sei in der Regel die Erziehungs- und Familienberatungsstelle beteiligt, weil sie approbierte Psychologinnen beschäftigten, die dafür nötig seien.

SenBJF unterstütze die Erziehungs- und Familienberatungsstellen mit ihrem neuen Finanzierungsmodell. Es kämen 36 neue Stellen, auch für Schulen, für die am 20. Januar der Rahmenvertrag unterzeichnet werde. Jeder Bezirk müsse sich ein Netzwerk schaffen, und SenBJF müsse das gesamtstädtisch koordinieren. Wenn die Stellenbesetzung erfolgt sei, werde das noch besser laufen

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Paul Fresdorf (FDP) betont, er wolle sich bei der Vorsitzenden für erfolgreiche 20 Sitzungen bedanken, und er gehe davon aus, dass sich der restliche Ausschuss dem anschließe.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.